DEUTSCHE RENTEN AM NIEDRIGSTEN IN GANZ EUROPA

Deutsche Renten vs. Europa – Deutsche Renten im Vergleich zu anderen europäischen Ländern.



Gerade die aktuellen Diskussionen darum, ob die Deutschen nun ärmer sind als der Rest der EU oder doch nicht, macht eine Betrachtung und einen Vergleich der **deutsche Renten** in den einzelnen Mitgliedsländern so brisant. Die heftig umstrittene Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) vom April 2013, die den Deutschen statistisch gesehen das kleinste Vermögen im EU-Raum konstatierte, wurde wegen der fehlenden Berücksichtigung der Rentenansprüche kritisiert und als verzerrt bezeichnet.

Nun stellt sich die berechtigte Frage, wie die deutschen Rentenansprüche innerhalb der EU wirklich einzuordnen sind. Belastbare Zahlen wurden von der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) schon 2010 erhoben und 2011 veröffentlicht. Allerdings sprechen die Ergebnisse nicht für unsere Regierung, denn Deutschland steht wiederum schlecht da. Ein wichtiges Kriterium der Studie ist die Rentenhöhe, die im Verhältnis zum Einkommen als Ersatzquote berechnet wird. Und da geht es schon los:

Werden in anderen Ländern die Einkommen der fünf bis fünfzehn Jahre vor Renteneintritt als Berechnungsgrundlage für die Altersbezüge herangezogen, bestimmen in Deutschland die Einkünfte des gesamten Erwerbslebens die Höhe der Ansprüche aus der GRV. Naturgemäß wird aber zur Rente hin mehr verdient, weil beispielsweise die Karriere dann ihren Höhepunkt erreicht hat oder weil die Zugehörigkeit zu einer Firma honoriert wird. Somit muss es schon Verzerrungen durch die verschiedenen Berechnungsgrundlagen geben – und diese zu Ungunsten der deutschen Rentner.

DEUTSCHE RENTEN SOGAR UNTER OECD-DURCHSCHNITT

Die durchschnittliche Ersatzquote, also das Verhältnis der Rente zum Einkommen, in den OECD-Ländern, zu denen neben den europäischen Industrienationen beispielsweise auch die USA, Japan, Australien und Neuseeland gehören, beträgt 69 Prozent, d. h. die durchschnittliche Rentenhöhe in den OECD-Ländern beträgt 69 Prozent des Einkommens. Unter diesem Durchschnitt liegt neben Schweden, Großbritannien und Irland auch Deutschland mit gerade einmal 58 Prozent. Die Studie bescheinigt dagegen den italienischen Rentnern eine Ersatzquote von 76 Prozent, den Spaniern gut 84 Prozent und den griechischen Rentnern sogar 110 Prozent des Einkommens. Angesichts der Banken- und Schuldenkrise und der daraus resultierenden Haftungsrisiken für Deutschland ist diese Tatsache kaum zu verstehen.

Die Unterversorgung in Deutschland war Gegenstand einer aktuellen Studie der Ruhr-Universität Bochum, die vom Investmenthaus Fidelity in Auftrag gegeben worden war. Demnach sind schon die angestrebten 70 Prozent Ersatzquote als Rentenbezug für eine annähernde Sicherung des Lebensstandards erheblich zu niedrig angesetzt. Realistisch betrachtet würden rund 87 Prozent benötigt, so dass derzeit bereits 650 Euro monatlich in der Rentenleistung fehlen – eine Abweichung von bisherigen Berechnungen in Höhe von 350 Euro im Monat. Wenn man nun die OECD-Daten zugrunde legt, ist die Differenz noch viel dramatischer, von der ungerechten Verteilung innerhalb der EU-Mitgliedsländer einmal ganz abgesehen.

DEUTSCHE RENTNER MÜSSEN AUCH LÄNGER ARBEITEN

Um in Deutschland eine gesetzliche Rente ohne Abzüge zu erhalten, muss eine Arbeitszeit von 45 Jahren absolviert werden. Auch hier schneidet Deutschland gegenüber anderen europäischen Ländern schlecht ab, denn in Frankreich reichen 41 Arbeitsjahre bei einem Renteneintritt im Alter von 62 Jahren, Italiener müssen 40 Jahre arbeiten, für Spanier und Griechen genügten bisher 35 Arbeitsjahre. Allerdings wurden in verschiedenen Ländern aufgrund der massiven Defizite in den Rentensystemen bereits Reformen angeschoben, die das Renteneintrittsalter nach hinten verlegen. Die Unterschiede zwischen den europäischen Ländern machen sich auch im Anteil der älteren Bevölkerung an den Erwerbstätigen bemerkbar.

Gehen in Deutschland noch rund 60 Prozent der 55- bis 64-Jährigen einer Arbeit nach, beträgt dieser Anteil in Frankreich nur 41, in Italien und Griechenland sogar weniger als 40 Prozent. Die OECD geht aber davon aus, dass es keine Verbesserungen in Deutschland geben wird und für die bislang besser gestellten europäischen Länder drastische Einschnitte erfolgen müssen. Berücksichtigt man bei diesen Überlegungen noch die Tatsache, dass das durchschnittliche Renteneintrittsalter in Deutschland laut OECD bei 61,8 Jahren liegt und somit erhebliche Kürzungen in der Rentenleistung hingenommen werden müssen, verdeutlicht dies die dramatische Versorgungslücke, die die deutschen Rentner hinnehmen müssen.

DEUTSCHE RENTEN – DRASTISCHE RENTENENTWICKLUNG ERWARTET

Die von der Politik immer wieder verkündete Stabilität des gesetzlichen Rentenversicherungssystems und die versprochenen regelmäßigen Anpassungen dürfen angesichts der aktuellen Entwicklungen zweifellos in Frage gestellt werden. Die Tatsachen sprechen für sich und können auch durch kosmetische Verschönerungen nicht wegdiskutiert werden. Eine Stärkung der umlagefinanzierten GRV, bei der die jetzt Erwerbstätigen für die heutigen Rentner aufkommen, ist nicht in Sicht. Der demografische Wandel lässt nichts Gutes erwarten, denn die Geburtenraten steigen trotz aller politischen Bemühungen und streitbaren Vergünstigungen für junge Eltern nicht nachhaltig an, auf der anderen Seite wächst die Anzahl der Arbeitsverhältnisse ohne oder mit nur geringer Sozialversicherungspflicht immer weiter.

Ohne eine dramatische Belebung des Arbeitsmarktes mit einem erheblichen Anstieg des Lohnniveaus ist eine Entspannung in der Rentenkasse aber nicht zu erwarten. Dagegen wirken sich die Verlagerung von Produktionskapazitäten ins preiswertere Ausland, die anhaltende Arbeitslosigkeit und längeren Lebens- und Ausbildungsdauern negativ auf die Qualität und Quantität der Rentenleistungen aus. Im Kontext mit der finanziellen Situation in der Europäischen Union sieht die Perspektive noch schlechter aus, denn die Niedrigzinspolitik der EZB macht das Risiko einer Inflation größer und die Erträge der Sparanlagen und Altersversorgungsinstrumente werden so zudem noch drastisch reduziert.

DEUTSCHE RENTEN IM EU-KONTEXT

Natürlich hängt die Entwicklung der **deutsche Renten** auch mit der weiteren Politik hinsichtlich der Staatsschulden und der Schieflage von Banken im EU-Raum ab. Wird die bisherige Politik des Sparens weiter betrieben, kann kein wirtschaftlicher Aufschwung erfolgen und somit die Rentenkasse nicht gestärkt werden. Es ist dann im Gegenteil mit einem Schuldenschnitt zu rechnen, der die Ersparnisse und Guthaben in privaten Versicherungen und anderen Altersversorgungsmodellen massiv beeinträchtigen und teilweise vernichten wird. Eine weit verbreitete Altersarmut ist somit selbst für Beitragszahler und Sparer vorprogrammiert.

Stimmt die Politik hingegen Eurobonds zu, haften deutsche Sparer ebenfalls für die Schulden in anderen EU-Ländern und die Staatsverschuldung in Deutschland wird weiter erhöht. Das Risiko eines Ausfalls betrifft somit alle und auch die Leistungen aus der Rentenversicherung. Erschwerend kommt hinzu, dass die Einlagensicherung für Ersparnisse und Bankguthaben auch in Deutschland nur gilt, solange die Staaten in Europa noch zahlungsfähig sind – so der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in einem Interview am 25.3.2013 (http://www.deutsche-mittelstands-nachrichten.de/2013/03/51148/). **Deutsche Renten**, egal ob gesetzlich oder privat, sind demzufolge alles andere als sicher.